

Zwischen schwacher wirtschaftlicher Erholung und politischer Dauerkrise

Gewerkschaften in Spanien

von ■ Holm-Detlev Köhler

Nach Italien ist mit Spanien ein weiteres südeuropäisches Land Gegenstand der Analyse der gewerkschaftlichen Entwicklungsprozesse in Europa. Die Kontextbedingungen sind höchst unterschiedlich: Während die italienischen Gewerkschaften Widerständigkeit auf der Grundlage vergleichsweise hoher Organisationsmacht entfalten können, liegt der gewerkschaftliche Organisationsgrad in Spanien unterhalb des Durchschnittsniveaus in Europa. Hinzu kommt, dass durch die – auch vom Krisenmanagement der Troika erzwungene – Deregulierung des Arbeitsmarktes wichtige institutionelle Machtressourcen verloren gegangen sind. Was für beide Länder gilt: Die Gewerkschaften sind durch eine politische Dauerkrise blockiert. Wie gehen sie damit um, und wo zeigen sich Erneuerungspotenziale?

Wer auf YouTube den Suchbegriff »Gewerkschaften in Spanien« eingibt, stößt auf ein hunderttausendfach aufgerufenes Video, in dem die Arbeitnehmerorganisationen als die großen Schmarotzer des Staates und der Gesellschaft diffamiert werden, die Millionen Subventionen einstreichen, in mietfreien Gebäuden sitzen, Betrug mit Fortbildungskursen und Vereinbarungen zur Arbeitszeitregulierung betreiben und über mehrere Hunderttausend bezahlte freigestellte Delegierte verfügen. Derart realitätsverzerrende Karikaturen weisen auf ein gravierendes Imagepro-

blem in der Öffentlichkeit hin, welches sich zu den strukturellen Problemen der Gewerkschaften am Ausgang einer langen wirtschaftlichen Rezession und inmitten einer politischen Dauerkrise gesellt.

Die spanischen Gewerkschaften werden traditionell dem lateinischen

**Forum
Gewerkschaften**

Holm-Detlev Köhler ist Professor für Soziologie an der Universität von Oviedo (Spanien).



Gewerkschaftliche Demonstration am 1. Mai 2019 in Barcelona (Foto: dpa)

Tabelle 1: Ergebnisse der Betriebskomitee-Wahlen in Spanien (Angaben in %)

Jahr	CCOO	UGT	USO	ELA-STV	LAB	CIG	Sonstige
1990	37,60	43,10	3,00	3,2 (37,8)	1,27 (13,1)	1,5 (23,4)	9,70
1995	37,74	35,51	3,56	2,97 (39,7)	1,22 (15,4)	1,91 (26)	17,09
1999	37,63	37,17	3,49	3,06 (40,5)	1,33 (15,2)	1,62 (26,2)	15,62
2003	38,74	36,80	3,11	3,24 (41)	1,37 (15,2)	1,62 (26,2)	15,12
2007	39,09	37,15	2,95	3,13 (40,2)	1,39 (16)	1,82 (28,6)	14,45
2011	38,38	36,33	3,43	3,03 (39,8)	1,39 (17,2)	1,63 (26,4)	15,77
2015	36,17	33,30	3,89	2,58 (40,6)	1,24 (18,9)	Nd (27,6)	22,25

Quelle: CCOO (2012), Informe de elecciones sindicales, Secretaría de Organización, Confederación Sindical de Comisiones Obreras, Madrid, ABC Economía, 18.12.2015

Anm.: USO (Unión Sindical Obrera – Gewerkschaftlicher Bund der Arbeit, sozial-katholisch). Die Zahlen in Klammern beziehen sich auf den Anteil der Delegierten, den die regionalistischen Gewerkschaften in ihren jeweiligen Bundesländern (ELA-STV und LAB im Baskenland, CIG in Gallizien) erreichten. Hinter der Kategorie »Sonstige« verbergen sich vor allem die korporatistischen Verbände der Beamten, Lehrer, Krankenpflege, des öffentlichen Nahverkehrs etc. sowie im Einzelhandel zwei »gelbe« unternehmertesteuerte Verbände.

Gewerkschaftsmodell zugeordnet, welches sich von dem angelsächsischen und den korporatistischen Modellen Zentral- und Nordeuropas durch niedrige Organisationsgrade, häufige Mobilisierungs- und Streikaktivitäten, fragmentierte politische Richtungsgewerkschaften, konkurrierende Tarifverhandlungsebenen und einen hohen Grad an staatlicher Intervention in die Arbeitsbeziehungen unterscheidet. Ähnlich wie in anderen südeuropäischen Nachbarländern haben die spanischen Gewerkschaften die Folgen einer langen und tiefgreifenden Wirtschaftskrise erlitten und stehen nun vor der schwierigen Aufgabe einer inhaltlichen und organisatorischen Erneuerung.

Wettbewerbsschwäche

Das spanische Gewerkschaftssystem entwickelte sich im Kontext der nachholenden Industrialisierung der technokratischen Periode der Franco-Diktatur (1959-1975) und des demokratischen Übergangs nach dem Tod des Diktators (1975-1982). Die Mitgliedschaft in Gewerkschaften konzentrierte sich auf die großen Industriebetriebe und einige Dienstleistungssektoren, z.B. die Banken, während die vielen Kleinbetriebe, prekär Beschäftigte und private Dienstleistungen weitgehend unorganisiert blieben. Im öffentlichen Dienst müssen die Gewerkschaften mit starken Berufsverbänden der Beamt*innen, Lehrer*innen, des Krankenpflegepersonals, Ärzt*innen, Richter*innen, etc. konkurrieren.

Bis in die 1990er Jahre hatte Spanien einen relativ großen öffentlichen Industriesektor: Automobil (SEAT), Bergbau, Werften, Stahlhütten, Energieversorgungsunternehmen, Telekommunikations- und Grundstoffindustrien. Diese zum Teil sehr defizitären Unternehmen mit aufgeblähten Belegschaften wurden nach dem Beitritt zur Europäischen Union 1986 schrittweise privatisiert, überwiegend durch den Verkauf an ausländische Investoren, wobei viele Betriebe schließen mussten und in allen Sektoren ein massiver Abbau von Arbeitsplätzen erfolgte. Die Gewerkschaften wurden in dieser Phase zu verzweifelten Verteidigern ihrer Kernbelegschaften, mussten dabei aber viele bittere Niederlagen verkraften.

Wähler- statt Mitgliedergewerkschaften

Die rechtliche und institutionelle Struktur der gewerkschaftlichen Interessenvertretung wurde in den frühen 1980er Jahren im Gefolge des demokratischen Übergangs festgelegt. Die im Arbeiterstatut (1980) und im Gesetz zur Gewerkschaftsfreiheit (1985) verankerten Vertretungs- und Beteiligungsrechte etablierten eine dualistische Interessenvertretung aus gewerkschaftlichen Organen auf betrieblicher wie überbetrieblicher Ebene und den von allen Belegschaftsteilen in Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten gewählten Betriebskomitees. In Betrieben ab 250 Beschäftigten sind die Gewerkschaften berechtigt, »Gewerkschaftssektionen« (ähnlich den deutschen Vertrauensleuten) zu bilden. Im Unterschied zum deutschen »dualen« System sind in Spanien auch die Betriebskomitees und Gewerkschaftssektionen tarif- und streikfähig. Allerdings verfügen sie nicht über die deutschen Mitwirkungsrechte bei betrieblichen Personalentscheidungen, sondern nur über Konsultationsrechte. In Betrieben ab 50 Beschäftigten ist zudem ein paritätischer Arbeitssicherheitsausschuss vorgeschrieben.

Die organisatorischen Kapazitäten der spanischen Gewerkschaften sind durch den geringen Organisationsgrad und niedrige Mitgliedsbeiträge – diese orientieren sich am gesetzlichen Mindestlohn und liegen derzeit bei ca. 14 Euro im Monat – begrenzt. Die wesentlichen Ressourcen sind öffentliche Zuschüsse, und das Personal wird hauptsächlich über freigestellte Betriebsräte organisiert. Die Wahlen der Belegschaftsdelegierten und Betriebskomitees, in Spanien »Gewerkschaftswahlen« genannt, haben eine herausragende Bedeutung, hängt doch von ihren Ergebnissen weit mehr ab als die Zusammensetzung der betrieblichen Interessenvertretung (siehe Tabelle 1). Mit dem Gesetz zur Gewerkschaftsfreiheit wurde ein allgemeines »Repräsentativitäts«-Kriterium geschaffen. Demzufolge erhalten Gewerkschaften, die bei den Gewerkschaftswahlen landesweit mehr als zehn Prozent – das sind die beiden Mehrheitsgewerkschaften CCOO (Comisiones Obreras – Arbeiterkommissionen, postkommunistisch) und UGT (Unión General de Trabajadores – Allgemeiner Bund der Arbeiter, sozialdemokratisch) – oder in einer »Autonomen Gemeinschaft« (Bundesland) über 15% der Delegierten (ELA-STV und LAB im Baskenland, CIG in Galizien) auf sich vereinen, das generelle

Forum Gewerkschaften

Recht, Tarifverträge abzuschließen. Zudem sind sie in den öffentlichen Institutionen vertretungsberechtigt und haben Zugang zu bestimmten staatlichen Subventionen.

Die spanischen Gewerkschaftsbünde folgen einem generellen europäischen Trend zur Konzentration und Fusion von Einzelgewerkschaften von 14 auf fünf incl. des neuen Verbandes der Selbständigen. In den CCOO fusionierten die einst 23 Einzelgewerkschaften zu den aktuell sieben Verbänden.

Zur Vervollständigung des Spektrums gewerkschaftlicher Organisationen muss eine Besonderheit hinzugefügt werden, die Spanien von anderen europäischen Ländern unterscheidet. In mehreren peripheren Regionen haben regionalistisch-nationalistische Gewerkschaften einen starken Einfluss und machen UGT und CCOO die Führungsrolle streitig. Im Baskenland sind die beiden nationalistischen Gewerkschaften ELA-STV (sozial-katholisch) und LAB (separatistisch) zusammengenommen stärker als UGT und CCOO. In Galizien hat die aus mehreren kleinen regionalistischen Gruppen hervorgegangene CIG einen wachsenden Einfluss erworben und ist heute mit knapp einem Drittel der Betriebskomitee-Sitze den beiden Mehrheitsgewerkschaften ebenbürtig.

Seit den 1990er Jahren hat sich in Spanien ein weitreichendes System der Beteiligung der Sozialparteien in Institutionen wie den Arbeitsämtern, der Sozialversicherung, der beruflichen Weiterbildung, den Universitäten, den Wirtschafts- und Sozialräten, etc. entwickelt. Die Gewerkschaften sind dadurch auf allen Ebenen (national, regional, lokal, sektoral) in vielfältige politische Verhandlungsprozesse eingebunden. Das Klima des sozialen Dialogs führte zu zahlreichen tripartistischen Sozialpakten (Konzertation): von der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, über die Rentenreform, das Gesundheitssystem bis hin zum Sozialen Dialog im öffentlichen Dienst. Die Folgen der Wirtschaftskrise mit den drastischen Austeritätsprogrammen und gewerkschaftsfeindlichen Arbeitsmarkt«reformen» (in den Jahren 2010 und 2012) haben den sozialen Dialog jedoch auf vielen Ebenen zum Erliegen gebracht. Konzertierung und sozialer Dialog erwiesen sich erfolgreich in Zeiten der Verteilung wachsender öffentlicher Ressourcen, scheitern jedoch bei der Aufgabe einer sozial gerechten Verteilung der Krisenlasten.

Die starke institutionelle Einbindung der Gewerkschaften in tripartistische Dialoge und staatliche Institutionen eröffnete den Gewerkschaften zwar Einfluss und ermöglichte den Zugang zu organisatorischen Ressourcen, hat jedoch ihrem Image und öffentlichen Ansehen eher geschadet. Als Teil des politischen Systems erleiden sie denselben Vertrauensverlust wie die Politik insgesamt. Das Streikrecht ist in Spanien ein in der Verfassung verankertes, kollektiv ausgeübtes individuelles Grundrecht und nicht wie in einigen nordeuropäischen Ländern an gewerkschaftliche Organisationen und Urabstimmungen gebunden. Aussperrungen sind dagegen gesetzlich stark eingeschränkt auf Ausnahmesituationen. Die großen spanischen Gewerkschaften verfügen über keine Streikkasse und zahlen ihren Mitgliedern kein Ausfallgeld bei Arbeitsniederlegungen.

Ähnlich wie andere südeuropäische Gewerkschaften gelten die spanischen als relativ streikfreudig, und die Mobilisierungsfähigkeit übersteigt den Grad der Mitgliedschaft. Gleichwohl

lässt sich auch in Spanien ein langfristiger Trend zu nachlassender Konfliktfähigkeit und Streikhäufigkeit feststellen. Die Streikentwicklung

in Spanien folgt einer stark politisch motivierten Dynamik mit niedrigem Konfliktniveau in Phasen intensiver Konzertation und guten Beziehungen zwischen den Sozialpartnern sowie zwischen den Gewerkschaften und der Regierung und ansteigender Streikhäufigkeit in Phasen politischer Unzufriedenheit.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise

Die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise traf in Spanien auf eine besonders anfällige und strukturschwache Wirtschaft und ließ die über lange Jahre aufgeblähte Immobilienblase platzen. Bauboom, Tourismus und Binnenkonsum ließen von 1993 bis 2007 die Beschäftigung von 12 auf 22 Millionen ansteigen, die Arbeitslosenrate sank von 23% auf 8%. Das Gros der Arbeitsplätze entstand allerdings in Branchen mit prekären Niedriglohnjobs (Bau, persönliche Dienste, Hotel- und Gaststätten, Einzelhandel). In dieser Phase wuchs auch der Anteil der Einwanderer an der Erwerbsbevölkerung von unter 2% auf 11,3% (2008) an.

Die spanische Wirtschaft weist eine Reihe langfristig angelegter Strukturprobleme auf, die durch den künstlichen Boom nicht nur überdeckt, sondern noch verstärkt wurden. Dazu gehören in erster Linie das Spezialisierungsprofil mit der Dominanz des Bau- und Tourismussektors und darum gruppiertes Dienstleistungen mit niedriger Wertschöpfung und Beschäftigungsqualität. Umgekehrt fehlt es an international wettbewerbsfähigen Industrien und Innovationskapazität. Das allzu leicht verfügbare Geld, das unkontrollierte Wachstum der Finanzinstitutionen und der Konsumstil der Bevölkerung haben zu einer extrem hohen privaten Verschuldung sowohl der Unternehmen und Banken wie der privaten Haushalte geführt. Eine weitere Strukturschwäche – es ließen sich noch mehrere hinzufügen, wie die unterentwickelte Berufsbildung, das Steuersystem oder die Energieverschwendung – liegt in der extrem polarisierten Größenstruktur des Unternehmenssektors. Laut Daten der Sozialversicherung hatten 2017 93,8% aller spanischen Unternehmen weniger als zehn Beschäftigte, 53,8% waren Selbständige ohne Angestellte. Einigen wenigen durchaus wettbewerbsfähigen Großunternehmen steht somit ein Heer von Mikrounternehmen gegenüber. Es fehlt der Mittelstand, der in anderen Ländern eine zentrale Rolle für Wettbewerb und Innovation spielt.

War Spanien von 1994-2007 das europäische Land mit dem höchsten Beschäftigungswachstum, so wurde es in der Krise zum rasantesten Arbeitsplatzvernichter. Spanien entwickelte sich im Verlauf der Krise rasch zum Spitzenreiter bei der Arbeitslosigkeit (2013: 27,16%), vor allem der Jugendlichen (57,2%) (siehe Tabelle 2). Nachdem die zaghafte Versuche einer Konjunkturbelebung in den ersten Krisenjahren 2008/09 angesichts der Tiefe und Struktur des wirtschaftlichen Einbruchs wirkungslos verpufften, ging die damals regierende sozialistische Regierung auch unter dem wachsenden Druck der europäischen Troika (EU-Kommission, Europäische Zentralbank und Internationaler Währungsfonds) zu einer radikalen Auster-

Tabelle 2: Strukturdaten des spanischen Arbeitsmarktes

	1990	1996	2000	2007	2009	2011	2013	2015	2017	2018
Arbeitslosenquote	16,3	22,2	14,2	8,6	18,3	21,6	27,2	20,9	16,5	15,3
Anteil Langzeitarbeitsloser	51,4	54,6	44,6	22,6	34,5	50	56,3	48,7	42,8	36,5
Frauenarbeitslosenquote	24,2	29,6	20,5	11	18,4	23,3	27,6	22,5	18,4	16,3
Jugendarbeitslosenquote	33	42	28,1	18,1	39,6	46,4	57,2	46,2	37,5	33,5
Arbeitslosenquote Spanier	nd	nd	nd	7,9	16,8	20,6	25,1	19,9	15,6	13,5
Arbeitslosenquote Ausländer	nd	nd	nd	12,3	29,7	34,8	39,2	28,3	23,6	20,8
Anteil befristeter Beschäftigung	30,3	33,8	32,9	30,9	25,4	25	22,1	25,7	26,7	26,9
Anteil Teilzeitbeschäftigung	4,6	7,4	7,5	11,6	13,3	13,8	16	15,7	14,7	14,8
Erwerbsquote	nd	nd	52,5	59,4	59,9	60,2	59,8	59,4	58,8	58,6
Weibliche Erwerbsquote	nd	nd	42,8	49,9	52,1	53,4	53,9	53,7	53,3	53,1

Quelle: Spanisches Statistisches Bundesamt INE, Erwerbsbevölkerungsumfrage

ritätspolitik über, wodurch die Kosten der Krise vor allem den Lohnabhängigen und sozial Schwachen aufgebürdet wurden. Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst, eingefrorene Renten, Erhöhung des Rentenalters von 65 auf 67 Jahre, Kürzungen der öffentlichen Investitionen und Verlängerung der Arbeitszeiten sollten die weitere Verschuldung der öffentlichen Haushalte stoppen und das Vertrauen der Finanzmärkte in die spanische Wirtschaft wiederherstellen. Die Folgen waren jedoch eine verschärfte Wirtschaftskrise, wachsende Haushaltsdefizite bei steigenden Sozialausgaben und sinkenden Einnahmen, dramatisch einbrechende Arbeitsmärkte und hohe Zinsen für die Refinanzierung der Schulden.

Weder der Generalstreik der Gewerkschaften noch die monatelangen Proteste der Jugendlichen auf den zentralen Plätzen der spanischen Städte – die Bewegung 15. Mai bzw. die »Empörten« 2011 – konnten die antisoziale Krisenpolitik korrigieren. Im Herbst 2011 verlor die PSOE die Wahlen und die konservative Volkspartei (Partido Popular, PP) unter Mariano Rajoy übernahm die Regierung. Die PP radikalisierte die Politik der Haushaltskürzungen, die nun auch das Gesundheitswesen und die Bildung empfindlich trafen. Die Mehrwertsteuer wurde von 18% auf 21% erhöht, das 14. Monatsgehalt im öffentlichen Dienst gestrichen und das Arbeitslosengeld gekürzt.

Forum Gewerkschaften

Austeritätsdiktat

Die seit 2010 betriebene Austeritätspolitik hat die Strukturprobleme der Wirtschaft noch verschärft und eine gefährliche Abwärtsspirale aus rückläufigen Wachstumsraten, sinkenden Staatseinnahmen, Arbeitsplatzvernichtung und steigenden Refinanzierungskosten in Gang gesetzt. Die spanische Wirtschaft ist in der Vergangenheit in Phasen spezifischer Wettbewerbsvorteile wie der Marktöffnung unter den Technokraten des Franco-Regimes in den 1960er Jahren oder dem Zustrom ausländischen Kapitals im Zuge des EU-Beitritts in den 1980er Jahren gewachsen und hat zudem häufig von der Abwertung der Währung Gebrauch gemacht. Derartige Sonderkonjunkturen stehen derzeit nicht zur Verfügung, und die Jahre des Immobilienbooms kön-

nen hinsichtlich der notwendigen Modernisierung der spanischen Wirtschaft als verlorenes Jahrzehnt angesehen werden.

Aus der Sicht der Gewerkschaften war neben den sozialen Einschnitten insbesondere die erneute »Reform« des Arbeitsmarktes Anlass zu Kritik und Gegenwehr, da das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit eindeutig zugunsten der Arbeitgeber verschoben wurde (siehe Kasten, S. 55).

Diese bisher radikalste Reform des Arbeitsrechts stärkt explizit die individuelle Arbeitgebermacht gegenüber kollektiven Regelungen und schwächt die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften wie insgesamt die Tarifautonomie. Die Gewerkschaften organisierten einen Generalstreik (29.3.2012) und mehrere nationale Protesttage in vielen Städten gegen das »Reform«-Paket, ohne es verhindern oder korrigieren zu können. Das offizielle Ziel, die Förderung der Beschäftigung und deren Sicherung durch die »interne Flexibilität« (Arbeitszeitflexibilisierung, Kurzarbeit und funktionale Mobilität ohne Entlassungen), wurde klar verfehlt. Das implizite Ziel einer Machtverschiebung zugunsten des Unternehmerlagers wurde dagegen erreicht. Die Rücknahme dieses »Reform«-Gesetzes ist bis heute eine zentrale Forderung der Gewerkschaften.

Spanien ist ein Schulbeispiel für die Instrumentalisierung der massenhaften Angst vor Arbeitslosigkeit für einen neoliberalen Umbau der Arbeitsbeziehungen im Sinne von Lohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerungen, Aushöhlung des Flächentarifvertrages, Schwächung der Gewerkschaften und Deregulierung des Arbeitsmarktes, in Verbindung mit einem neokonservativen Projekt zur Beschneidung politischer Teilhabe und Freiheit. Im Jahr 2015 erließ die Regierung ein neues Gesetz zur öffentlichen Sicherheit, das die Streik- und Demonstrationsfreiheit empfindlich beschneidet. Streikposten, Demonstranten oder Künstler, die staatliche Symbole (z.B. den König) verspotten, müssen seither mit Gefängnis und extrem hohen Bußgeldern rechnen. Mehrere hundert Streikposten in ganz Spanien wurden seither angeklagt und mit mehrjährigen Gefängnisstrafen bedroht, woraufhin die Internationale Arbeitsorganisation ILO in dem Bericht 380 vom 10.11.2016¹ die spanische Regierung dazu aufrief, dieses repressive Gesetz zu korrigieren und das Streikrecht zu garantieren. Die neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik wird somit ergänzt durch eine neokonservative autoritäre Si-

Die wichtigsten Maßnahmen des Gesetzes zur Reform des Arbeitsmarktes vom 10.2.2012 (RD-Ley 3/2012)

- Drastische Reduzierung des Kündigungsschutzes: Abfindungszahlungen werden auf 33 Arbeitstage pro geleistetes Beschäftigungsjahr und maximal 24 Monatsgehälter gekürzt (bisher waren es 42 Arbeitstage und max. 42 Monatsgehälter). Diese Abfindungshöhe wird jedoch in Zukunft Ausnahme bleiben, da bei gerechtfertigten Kündigungen nur noch 20 Arbeitstage und max. ein Jahresgehalt gezahlt werden müssen und Rechtfertigungen für Kündigungen so einfach wie noch nie geworden sind. Schon vorübergehende Verluste oder erwartete zukünftige Absatzrückgänge gelten als Rechtfertigung für Entlassungen.
- Kollektive Entlassungen erfordern keine staatliche Genehmigung mehr und müssen nicht mehr mit dem Betriebskomitee bzw. den Gewerkschaftsvertretungen verhandelt werden.
- Ein Arbeitgeber kann ohne Verhandlung mit dem Betriebsrat aus der Tarifbindung ausscheren und Lohnkürzungen oder Arbeitszeitverlängerungen anordnen, sofern er dafür »ökonomische, technische oder wettbewerbliche« Gründe angeben kann.
- Den Tarifverträgen auf Unternehmensebene wird ausdrücklich Vorrang vor überbetrieblichen Tarifverträgen eingeräumt.
- Die automatische Verlängerung bestehender Tarifverträge im Falle des Scheiterns von Neuverhandlungen wird auf ein Jahr beschränkt. Danach fällt die Tarifbindung weg, sofern kein neuer Tarifvertrag abgeschlossen wurde.
- Die Neueinstellung von unter 30-Jährigen und über 45-Jährigen wird subventioniert.
- Zur Förderung der Weiterbildung wird für jeden Beschäftigten ein Weiterbildungsfonds bei der Sozialversicherung eingerichtet und jeder Beschäftigte hat ein Recht auf 20 Stunden bezahlte Weiterbildung im Jahr.

cherheitspolitik. Nach sieben Jahren Rezession und Arbeitsplatzabbau begann 2015 eine Phase langsamer wirtschaftlicher Erholung. Das Wachstum von Wirtschaft und Beschäftigung reproduziert jedoch erneut die traditionellen Strukturschwächen der spanischen Wirtschaft, beruht wesentlich auf Immobilien (insbesondere ausländische Fonds kaufen am spanischen Mittelmeer prächtig ein), Tourismus und privatem Konsum. Hinzu kamen günstige Rahmenbedingungen wie niedrige Zinsen, sinkende Ölpreise, eine expansive Politik der Europäischen Zentralbank und ein niedrig bewerteter Euro. Alles zusammen bewirkte einen leichten Aufschwung, der jedoch auf tönernen Füßen steht. Die gravierenden Folgen der langen Rezession wie die enorm gewachsene soziale Ungleichheit und die Prekarisierung der Beschäftigung wurden bislang nicht gelindert.

Die politische Dauerkrise

Das Jahr 2015 brachte viel Bewegung in die politische Landschaft, die auch die Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften nicht unberührt ließ. Bei den Parlamentswahlen verlor die von vielen Korruptionsskandalen gezeichnete Regierungspartei PP

dreieinhalb Millionen Stimmen und fiel von 44,6% (2011) auf einen Stimmenanteil von 22,7% zurück. Da die oppositionelle sozialistische Partei PSOE gleichzeitig auf ein historisches Tief von nur 22% der Stimmen kam, war das Ende des Zweiparteisystems eingeläutet. Zwei neue Parteien, die linke Protestpartei Podemos (Wir können) und die liberal-technokratische Bürgerpartei Ciudadanos erreichten aus dem Nichts 20,6% bzw. 13,9% der Stimmen und füllten das entstandene Vakuum aus. Der Unmut breiter Teile der Bevölkerung gegenüber der korrupten und inkompetenten politischen Klasse hatte endlich seinen Weg an die Wahlurnen gefunden. Die aufgrund fehlender Regierungsmehrheit notwendig gewordenen Neuwahlen 2016 bestätigten weitestgehend die neue Vierparteienkonstellation, und auch in Ländern und Kommunen konsolidierte sich das neue politische Kräfteverhältnis. In der PSOE kam es infolge zu einer Art Palastrevolution gegen die Parteiführung und die »Parteibarone«, die den Apparat jahrzehntelang kontrolliert hatten. In einer Urwahl im Mai 2017 wurde der oppositionelle Pedro Sánchez zum neuen Parteivorsitzenden gewählt.

Im Juni 2018 gelang es dem sozialistischen Parteiführer, eine knappe Mehrheit gegen die amtierende PP-Minderheitsregierung von Mariano Rajoy zu schmieden und sich in einem Misstrauensvotum mit Unterstützung von Podemos und den katalonischen und baskischen Nationalisten zum neuen Regierungschef wählen zu lassen. Ohne parlamentarische Mehrheit und nach einer verlorenen Haushaltsdebatte sah sich die provisorische Regierung gezwungen, erneut Parlamentswahlen für April 2019 auszurufen. Das Wahlergebnis stärkte zwar deutlich die Sozialisten, die auf 28,7% der Stimmen kamen, bestätigte jedoch insgesamt eine komplizierte Fragmentierung des spanischen Parteiensystems. Klare Verlierer waren die konservative PP (16,7%) nach einer erneuten Welle von Korruptionsskandalen und Podemos (11,1%), die sich in innerparteilichen Intrigen aufrieb, während die rechts-liberale Ciudadanos mit 15,9% fast zur PP aufschließen konnte. Neben den unverändert starken nationalistischen Parteien in Katalonien und dem Baskenland ist eine neue rechtspopulistische ausländerfeindliche Partei Vox mit 10,26% der Wählerstimmen ins politische Leben Spaniens eingebrochen.

Angesichts der Zersplitterung des parteipolitischen Spektrums steckt das Land seit 2015 in einer Blockadesituation.

... und der katalanische »Prozess«

Neben dem Ende des Zweiparteisystems gibt es noch einen zweiten politischen Erdbeben, der die politischen Grundfesten Spaniens erschüttert. Seit 2012 formierte sich eine Bewegung für eine unabhängige Republik Katalonien und den Austritt aus dem spanischen Staat. Als nach den Wahlen 2015 eine knappe Mehrheit im katalanischen Parlament eine Erklärung über den »Prozess zur Bildung einer unabhängigen Republik Katalonien« verabschiedete, begann ein ebenso heftiger wie komplizierter

¹ www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---relconf/documents/meetingdocument/wcms_534574.pdf

institutioneller Dauerkonflikt, der bis heute das politische Leben ganz Spaniens lähmt und u.a. mehrere Repräsentanten der katalanischen Regierung ins Gefängnis (wegen Rebellion und Veruntreuung öffentlicher Gelder) oder ins Ausland (»Exil« in der Sprache der Separatisten) getrieben hat. Bis heute ist eine Rückkehr Kataloniens zur Normalität und eine Befriedung des politischen Lebens in Spanien nicht in Sicht. Die Fronten sind verhärtet, und die katalanische Gesellschaft ist tief gespalten.

Die beiden großen gewerkschaftlichen Dachverbände wählten auf ihren Bundeskongressen 2016 (UGT) bzw. 2017 (CCOO) mit José María Álvarez und Unai Sordo zwei neue Vorsitzende mit einem klaren Auftrag zu einer gewerkschaftlichen Erneuerung. Der wirtschaftliche und politische Kontext macht diese Aufgabe zur Zeit sehr schwierig. Die politische Fragmentierung und die sozialen Gegensätze zeigen sich auch in und zwischen den Gewerkschaften, was die notwendige Homogenisierung der Arbeitnehmerinteressen erheblich kompliziert. Die beiden großen Dachverbände CCOO und UGT konzentrieren sich vor allem auf die Forderung nach einer stabilen Regierung und den Arbeitgeberverbänden. Immerhin konnte im Sommer 2018 mit der neuen provisorischen PSOE-Regierung ein neuer tripartistischer Sozialpakt zur Stärkung der Tarifautonomie und für bessere Beschäftigungsbedingungen ausgehandelt werden.

Ein großer Mobilisierungserfolg war der Internationale Frauentag am 8. März 2018, der mit Unterstützung aller Gewerkschaften und zahlreicher sozialer Gruppen in den ersten Generalstreik für die Rechte der Frauen umgewandelt wurde und in ganz Spanien Millionen Menschen auf die Straßen brachte. Frauenrechte sind seither deutlich stärker in der Öffentlichkeit präsent, und ein neues feministisches Selbstbewusstsein ist allenthalben spürbar. Andere konkrete Erneuerungsiniciativen und Annäherungsversuche an soziale Bewegungen wie der »Sozialgipfel« (ein Zusammenschluss von ca. 150 Bürgergruppen und Gewerkschaften, 2012), die »Bürgerfluten« (gemeinsame Aktionen von Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Kürzungen und Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen, 2012-2014) oder der Aufruf der CCOO 2016, die »Gewerkschaft neu zu denken« (»Repensar el Sindicato«), sind inzwischen dagegen wieder eingeschlafen. Insgesamt erleiden die Gewerkschaften in Spanien die Folgen der generellen politischen Blockadesituation genauso wie die Gesellschaft und die demokratische Kultur insgesamt.

Basidemokratische Alternativen

Abschließend soll auf ein Phänomen hingewiesen werden, das von den großen Gewerkschaften bisher sträflich vernachlässigt wird, obwohl es viel Erneuerungspotenzial beinhaltet. In den letzten Jahren ist es immer häufiger zu spontanen Streiks, Betriebsbesetzungen und Protestaktionen von Belegschaften sowohl gegen Betriebsschließungen und Produktionsverlagerungen multinationaler Unternehmen wie gegen prekäre Arbeitsbedingungen im Dienstleistungssektor gekommen. So haben es die Beschäftigten des US-amerikanischen Automobilzulieferers Tenneco im nordspanischen Gijón 2013/14 nach

Bisherige Beiträge im Forum Gewerkschaften zur Situation der Gewerkschaften in Europa:

- Steffen Lehndorff: Verschiedene Welten, ähnliche Herausforderungen. Europäische Gewerkschaften in Krisenzeiten (H. 2/2019)
- Jean-Marie Pernot: Gewerkschaften in Frankreich – eine schwächer werdende Kraft (H. 3/2019)
- Salvo Leonardi: Gewerkschaften in Italien – starke Organisation, begrenzte Wirkung (H. 4/2019)
- Paul de Beer/Maarten Keune: Niederländische Gewerkschaften in Zeiten der Krise. Stabile Organisationen, aber abnehmender Einfluss (H. 5/2019)
- Franz Astleithner/Jörg Flecker: Gewerkschaften in Österreich: Sozialpartnerschaft vor dem Aus? (H. 6/2019)
- Magdalena Bernaciak: Zwischen Mobilisierung, Fassadendialog und Sozialpopulismus. Gewerkschaften in Polen (H. 7-8/2019)

zehn Monaten Betriebsbesetzung und Mobilisierung der lokalen Bevölkerung geschafft, die Entscheidung über eine Werkschließung und Produktionsverlagerung ins osteuropäische Ausland rückgängig zu machen. Ähnliches gelang der Belegschaft von Coca-Cola in Madrid, die nach 21 Monaten Protest und Mobilisierung im September 2015 die Wiedereröffnung ihrer geschlossenen Fabrik erreichte. Im August 2019 kamen die Belegschaften der beiden nordspanischen Aluminiumfabriken des US-Multis Alcoa nach neun Monaten Protest und Mobilisierung zu einem vorläufigen Erfolg. Die angekündigten Werkschließungen konnten durch den Verkauf an eine Schweizer Investmentgruppe verhindert und die 700 direkten und mindestens ebenso viel indirekten Arbeitsplätze gerettet werden. Bei allen diesen Aktionen (es ließen sich noch mehr Beispiele anführen) stand die Versammlung der Belegschaften und das Betriebskomitee im Zentrum, während die Gewerkschaften als Organisationen entweder bewusst im Abseits gelassen (Tenneco) oder auf eine sekundäre externe Unterstützung (Rechtsberatung, Kontakt zu politischen Parteien und Medien) begrenzt wurden.

Die Hotelreinigungskräfte haben 2016 eine eigene Organisation (»Las Kellys«) gegründet, um endlich effektiv für menschenwürdige Arbeitsbedingungen in ihrem Sektor zu kämpfen. Auch Beschäftigte des Instandhaltungsunternehmens Eulen und der Fastfoodkette Burger King haben sich zu Protestaktionen und Streiks gegen ihre Arbeitgeber zusammengeschlossen. Die »Riders« der Food Delivery Plattformen Deliveroo und Glovo haben 2017 in Barcelona und Valencia eine eigene Interessenvertretungsplattform »Riders X Derechos« gegründet. Die Liste solcher Beispiele ließe sich lange fortsetzen und drückt einen steigenden Unmut breiter Bevölkerungsschichten über die Prekarisierung der Arbeitsbedingungen, aber auch über die zahnlosen Gewerkschaften aus. Gemeinsam ist diesen vielen verstreuten Initiativen die basidemokratische Organisation, die Vielfalt der Protestformen jenseits der etablierten gewerkschaftlichen Vertretungskanäle und die Einbeziehung der lokalen Bevölkerung, zum Teil auch lokaler Gewerkschaftsgruppen.